

he Kriegsflüchtlinge in den Arbeitsprozeß in Tirol einzugliedern

# Arbeit für Bosnier: Ein Kompromiß ist gefunden

**INNSBRUCK (gegl).** Ende September schlugen Vertreter von Flüchtlingshilfsorganisationen Alarm. Für die rund 1600 in Tirol lebenden bosnischen „De-facto-Flüchtlinge“ fehlen Beschäftigungsbewilligungen, hieß es in einem Exklusivbericht der Tiroler Tageszeitung. Gestern wurde ein Anfang gemacht: 200 Beschäftigungsmöglichkeiten werden demnächst bereitgestellt, versprach LHStv. Herbert Prock nach einem Flüchtlingsgipfel.

Die Forderung der Hilfsorganisationen lautete auf 400 Arbeitsstellen, um je einem Mitglied der Flüchtlingsfamilien eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Verhindert soll werden, daß diese Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben, in die Schwarzarbeit zu Billigslöhnen gedrängt werden.

200 Arbeitsmöglichkeiten sollen nun 1995 geschaffen werden. So lautete ein Beschluß des „Flüchtlingsgipfels“ im Innsbrucker Landhaus, an dem unter dem Vorsitz des Sozialreferenten der Landesregierung, LHStv. Herbert Prock, Vertreter des Arbeitsmarktservice, der Sozialpartner, Flüchtlingshilfsorga-

nisationen und der Flüchtlingskoordinator des Landes teilnahmen.

Die neuen Stellen sollen unter anderem durch ein spezielles Lehrlingsangebot geschaffen werden, das rund 100 Flüchtlingen zwischen 16 und 19 Jahren zugute kommen soll. Weiters sind Schulungsmaßnahmen im metallverarbeitenden Gewerbe vorgesehen. In der Tourismusausbildung und auch im Umwelt- und Forstbereich sollen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die zusätzlich nötigen 200 Stellen fehlen vorerst. Von Seite der Arbeitsmarktverwaltung wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den arbeitssuchenden Flüchtlingen zum Großteil nicht zuletzt auch wegen der Sprachbarriere um sogenannte „Minderqualifizierte“ handle. Weiters sei man bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen an vorgeschriebene Quoten gebunden. Es sollte auch vermieden werden, daß durch die Flüchtlingsintegration bereits im Lande arbeitende Gastarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Arbeitsmarktverwaltung erklärte sich jedoch grundsätzlich bereit, Nischen zu suchen, um „De-facto-Flüchtlinge“ unterzubringen.

Prock räumt ein, daß man zunächst zumindest einen gangbaren Kompromiß gefunden habe. Man dürfe nicht falsche Hoffnungen wecken oder Sogwirkungen für jene erzeugen, die noch in Bosnien leben. Ziel müsse es aber sein, die in Tirol lebenden Flüchtlinge zu integrieren. Darüber herrsche zwischen ihm und LH Wendelin Weingartner übrigens volles Einverständnis.

## MENSCHEN UND PARAGRAPHEN

### Bloße Absichtserklärung?

Gesetze, Vorschriften und eine gewisse Behändigkeit unserer Verwaltung, lassen auch so manchen Einheimischen nicht selten zweifeln.

Um so schwieriger ist es, in einer Notlage rasch Hilfe zu leisten, vor allem dann wenn es um Arbeitsplätze für Flüchtlinge geht.

Grundsätzlich darf es daher als erfreulich bezeichnet werden, daß der Hilferuf der Tiroler Flüchtlingsorganisationen nach Arbeitsplätzen für bosnische Kriegsflüchtlinge, die seit zwei Jahren bei uns Zuflucht gefunden haben, beim Land Tirol nicht ungehört verhallte.

Es hat sich fürs erste ein sogenannter „runder Tisch“ etabliert, an dem die wesentlichen Entscheidungsträger teilnehmen. Der politische Wille, diese Flüchtlinge in un-

serem Land möglichst zu integrieren und sie nicht in die Schwarzarbeit abzudrängen, wurde von LH Weingartner und seinem Stellvertreter Prock außer Streit gestellt.

Nun wurde gestern dieses Problem zwar nicht aus der Welt geschafft, aber es wurde glaublich versichert, daß man sich ernsthaft um Arbeitsmöglichkeiten bemühen wird. In welchem Umfang die angekündigten Maßnahmen Früchte tragen werden, soll bei einem weiteren Flüchtlingsgipfel im Jänner überprüft werden.

Es besteht daher die berechtigte Hoffnung, daß in diesem Fall nicht durch bloße Absichtserklärungen jene beruhigt werden, denen das Schicksal der Kriegsflüchtlinge am Herzen liegt.

GERD GLANTSCHNIG